

# Editorial

Christa Schlager und Michael Soder

Die Wahlen zum Europäischem Parlament geben einen Einblick und sind ein Urteil über die Akzeptanz der europäischen Integrationsbemühungen. Im Gegensatz zu nationalen bzw. regionalen Wahlen haben sie dennoch in ihrer Bedeutung für die Wahlberechtigten nicht denselben Stellenwert. Die niedrige Wahlbeteiligung in vielen Staaten ist ein aufschlussreicher Indikator hierfür. 10 Jahre nach dem Ausbruch der großen und weltweiten Wirtschaftskrise vermittelt die Europäische Union ein ambivalentes Bild. Ende März wird der erste Mitgliedstaat die Europäische Union verlassen. Der langwierige Streit um den Brexit-Deal hat die EU-GegnerInnen leiser werden lassen. Austritt ist für die wenigsten Menschen eine wünschenswerte Option. Nach wie vor ist die EU attraktiv für EU Nachbarstaaten, wovon sich manche um einen Beitritt bemühen. Gleichzeitig verlaufen die Integrationsbemühungen mehr als holprig. Die EU scheint für zentrale Fragen viele Dokumente, aber wenig Umsetzungskraft zu besitzen, lautet die Kritik. Die EU kümmere sich um die falschen Dinge, ein weiterer oft gehörter Vorwurf. Von progressiver Seite wird die Umsetzung der EU Politiken kritisiert, die sich im neoliberalen Fahrwasser befindet. Die Aufzählung ist sicherlich ausbaubar.

Die Zustimmungsraten zur EU sind vor den EU Wahlen hoch. Gleichzeitig wird in den Prognosen ein Zuwachs der rechten, nationalistischen Kräfte prognostiziert (siehe Beitrag Ey in diesem Heft). Die EU ist also konfrontiert mit der Dynamik eines schleichenden Zerfalls bei gleichzeitig fortgesetzten Integrationsbemühungen. In welchem Tempo und Ausmaß sich diese Entwicklungen beschleunigen wird nicht unwesentlich vom Ausgang der EU Wahl abhängen.

Der Kurswechsel hat sich seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen Heften, mit den Ursachen und Auswirkungen der Krise auf die EU und deren Bevölkerung auseinandergesetzt<sup>1</sup>. Mit den Ursachen der Krise im Heft 1/2010. Mit der Umdeutung der Krise in eine Staatsschuldenkrise und ein „Über-die-Verhältnisse-Lebens“, der Politik der strengen Haushaltsdisziplin und dem fiskalpolitischen Korsett (Heft 1/2012). Mit der Einsicht, dass eine neue Etappe des Neoliberalismus angebrochen ist, im Heft 2/2012. Die Krisenkosten, die wachsenden ökonomischen und sozialen Spannungen bewirkten und damit massive Auswirkungen auf den Alltag der Menschen hatte (Heft 1/2015). Auch die sozialen Proteste (Heft 1/2014) wurden thematisiert. Debatten zur Zukunft der Eurozone, zur Entdemokratisierungstendenzen der EU und über die Reformierbarkeit der EU wurden in unseren Heften geführt. Dem Erstarken der Rechten, deren Gemeinsamkeiten, Unterschiede und deren Strategien war das Heft 4/2016 gewidmet. Dass die Krisenursachen nie bewältigt wurden, und auch die tiefgehenden destabilisierenden Ursachen und Wirkungszusammenhänge, die aus einer Währungs- als auch Wirtschaftsunion innerhalb eines ökonomisch stark heterogenen Wirtschaftsraumes erwachsen, wurde im vorangehenden Heft zu 10 Jahre Krise nochmals resümiert.

Die Europäische Union verfolgt weiterhin eine ideologische Scheuklappenpolitik, welche nicht in der Lage ist die schwelenden ökonomischen, sozialen und politischen Zentrifugalkräfte einzudämmen.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich diese Ausgabe des Kurswechsels mit der politischen und ökonomischen Ausgangslage der Europäischen Union vor der EU Wahl im Mai dieses Jahres. Neben einer Bestandsaufnahme über politische Stimmungslagen und dominante Themen legt es dabei den Fokus auf die Risse und Spannungen, die in den letzten Jahren in der Union weiter zugenommen haben. Ausgehend von übergreifenden gesamteuropäischen Politikfeldern, werden in dieser Ausgabe zudem die spezifischen und für Gesamteuropa bedeutsamen Entwicklungen in Großbritannien und Italien näher beleuchtet.

Die aktuellen Themen der Europäischen Union spiegeln sich auch in den Agenden einer Ratspräsidentschaft wider und werden auch von dieser beeinflusst. Österreich hatte diese im 2. Halbjahr des Jahres 2018 inne. Die österreichische Schwerpunktsetzung unter dem Motto: „Ein Europa, das schützt“, folgte und verstärkte aktiv die Fragen der Sicherheit (Sicherung der Außengrenzen) und des Kampfs gegen illegale Migration. **Josef Melchior** zieht in seinem Beitrag über die österreichische Ratspräsidentschaft Bilanz. Die ÖVP-FPÖ Regierung hat den österreichischen Vorsitz dafür genutzt, das Thema Asyl/Migration, das den beiden Parteien innenpolitisch zum Erfolg verholfen hatte, auch auf europäischer Ebene ins Zentrum zu rücken. Die tatsächlichen Resultate blieben jedoch hinter der offensiven Ankündigungspolitik zurück.

Das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa gründet sich nicht zuletzt auch auf deren langjährigen Kampagnen gegen Migration und Zuwanderung. Dabei stützen und bedienen sie sich in ihrer Argumentation an Krisennarrativen. **Judith Kohlenberger** beleuchtet in ihrem Beitrag die Krisennarrative, die in Europa den öffentlichen Diskurs und den politischen Handlungsrahmen maßgeblich prägten und immer noch prägen und analysiert deren Auswirkungen auf eine gemeinsame europäische Migrationspolitik.

Mit den Diskussionen rund um die europäische Migrationspolitik und dem Umgang mit der Fluchtbewegung im Jahr 2015 setzte auch die Diskussion um die Ausgestaltung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik wieder ein. **Elisabeth Klatzer** stellt in ihrem Beitrag dar, wie umfassend die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU in den letzten Jahren verschärft wurde. Neue verbindliche Regeln zur Ausweitung der (Un) Sicherheitsbudgets werden beschlossen, während weiterhin die strikten fiskalischen Regeln gelten, die unvermindert Druck auf Sozialausgaben ausüben und den Sozialstaat unterminieren. Die Aufwertung des männlich dominierten und geprägten Militärapparats und der Umbau von Sozial- zu Wettbewerbsstaaten führt zu einer Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen.

Nicht zuletzt haben auch Fragen zur Migrations- und Sicherheitspolitik erheblichen Einfluss auf den Zusammenhalt in der Europäischen Union. Am Beispiel Großbritanniens und des Ausgangs der Referendumsentscheidung über den Austritt aus der Europäischen Union wird die Bedeutung der Migrationspolitik als einer der Katalysatoren noch einmal deutlich. Die oft nicht leicht vollziehenden innenpolitischen Beweggründe und Dynamiken rund um dem Brexit beleuchtet **Annina Kaltenbrunner** in ihrem Beitrag und bringt damit ein wenig Klarheit in die oft verworrenen Abläufe und Zusammenhänge der Austrittsverhandlungen.

Während Migrations- und Sicherheitspolitik eines der großen Felder politischer Kontroversen innerhalb der Europäischen Union darstellt, gab es in anderen Bereichen sehr wohl hinsichtlich einer Vertiefung der Union auch Fortschritte. Ein Beispiel stellt die Weiterentwicklung und Regulierung des Banken- und Kapitalmarktes dar. **Thomas Zotter** diskutiert in seinem Beitrag zur Kapitalmarktunion deren Hintergründe, Kernelemente und Probleme. Er bewertet dabei die Ausgestaltung der Kapitalmarktunion in ihrer derzeitigen Form vor dem Hintergrund einer makroökonomischen Perspektive und zeigt eindeutig Leerstellen darin auf.

Im Zuge der Wirtschaftskrise standen innerhalb der Europäischen Union besonders die Mitgliedstaaten der Eurozone im Zentrum der Debatte. Die Stabilisierung des Eurosystems und ein drohendes Auseinanderbrechen der Eurozone waren nicht nur in den politischen und ökonomischen, sondern auch im Zentrum der medial-öffentlichen Debatten um die Zukunft der Eurozone und der Europäischen Union. Hingegen weniger im Fokus stand das Verhältnis der Eurozonenländer zu denen Mitgliedsstaaten, die nicht Teil der Eurozone sind. Aber ebenso wie innerhalb der Eurozone gibt es auch (Des) Integrationstendenzen bzw. Positionen zu institutionellen Reformen in jenen Mitgliedstaaten, die den Euro (noch) nicht eingeführt haben. **Andreas Breitenfellner** und **Helene Schuberth** widmen sich diesen oftmals unterbeleuchteten Fragen der zusehends komplizierten Verhältnisse zwischen Pre-Ins und den Euroländern im Spannungsfeld zwischen Ost und Süd, welche eine Einschätzung der Dynamik zwischen Erweiterung und Vertiefung erschweren. Historische Wunden, Fehler beim Übergang zur Marktwirtschaft, ungleiche ökonomische Entwicklung, aber auch die Konstruktionsschwächen der Währungsunion und zögerliches Krisenmanagement der EU vermögen einiges an Populismus und Euroskepsis zu erklären.

Im Spannungsverhältnis Nord-Süd bewegt sich auch der Beitrag von **Rudy Weissenbacher**. Er zeigt die Schwierigkeiten auf, die selbst ein Gründungsmitglied der EG und mit dem Austritt Großbritanniens drittgrößte Ökonomie der EU, Italien, mit der rigiden wirtschaftspolitischen Steuerung der EU hat. Das italienische Akkumulationsmodell hat einen Wandel durchlaufen, die globalen Entwicklungen waren dabei nicht günstig für Italien, es hatte aber wenig Möglichkeiten, auf die Veränderungen zu reagieren, was tiefgreifende ökonomische und politische Folgen hatte. Die derzeit amtierende italienische Regierung scheint jedenfalls auf Zeit und eine Veränderung des Kräfteverhältnisses auf EU-Ebene zu setzen.

Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage von Vertiefungs- und Desintegrationstendenzen wird im Mai dieses Jahres ein neues Parlament gewählt. Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien, welche erschreckende Bilder der Fremdbestimmung durch die Europäische Union zeichnen und die eigene Nationalstaatlichkeit forcieren, werden auch im Zuge der Wahlen wieder versuchen, den Rückhalt für ein gemeinsames Europa und seine Institutionen zu schwächen. Aus diesem Grund widmet sich der Beitrag von **Frank Ey** den Einstellungen gegenüber Europa und seinen Institutionen innerhalb der europäischen Bevölkerung. Er analysiert welche Parteien sich von den Wahlen Zugewinne versprechen und welche Auswirkungen die Wahlen auf die Kräfteverhältnisse in der EU haben werden. Dies erlaubt eine erste Einschätzung, welche Politiken in Zukunft innerhalb der Europäischen Union noch mehr an Gewicht und Bedeutung gewinnen werden.

Die *Aktuelle Debatte* in diesem Heft widmet sich dem politisch und sozial brisanten Thema der Reform der Mindestsicherung in Österreich. Dabei wirft es einen Blick auf

die aktuellen politischen Entwicklungen rund um die soziale Absicherung aus politökonomischer, historischer und juristischer Perspektive.

### Anmerkung

1) Kurswechsel Heftbeiträge sind inklusive dem Jahr 2016 unter [www.beigewum.at/kurswechsel](http://www.beigewum.at/kurswechsel) frei abrufbar.



**Mach dich stark!**  
Für faire Einkommen und soziale Sicherheit.

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



MIT SICHERHEIT STARK.  
**GPA** **djp**  
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER